Pressemitteilungen

Bericht aus der Kabinettssitzung vom 18. September 2018 Teil 2

18. September 2018

1. Bayern fordert Verbesserungen beim Wohngeld, um Mietanstieg in Ballungsräumen abzufedern / Ministerpräsident Dr. Markus Söder: „Auch Menschen mit niedrigem Einkommen müssen sich Städte wie München leisten können / Wohngeld an Lebenswirklichkeit anpassen“ / Bauministerin Ilse Aigner: „Trotz hoher Mieten kaum Wohngeld an bayerische Haushalte / Brauchen Mietenstufe VII, damit mehr Haushalte Wohngeld bekommen“

2. Ministerrat beschließt Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung des verpflichtenden Meisterbriefs / Ministerpräsident Dr. Markus Söder: „Mehr Fachkräfte durch mehr Ausbildung und höhere Attraktivität von Handwerksberufen“ / Wirtschaftsminister Franz Josef Pschierer: „Meisterbrief bürgt für Qualität des Handwerks und der dualen Ausbildung“

3. Ministerrat beschließt staatliche Förderung von Tierheimen / Ministerpräsident Dr. Markus Söder: „Freistaat unterstützt Tierheime mit zwei Millionen Euro / Starkes Signal an engagierte Ehrenamtliche“ / Umweltminister Dr. Marcel Huber: „Wir sagen Ja zum Tierwohl / Tierschutz ist Gemeinschaftsaufgabe“

1. Bayern fordert Verbesserungen beim Wohngeld, um Mietanstieg in Ballungsräumen abzufedern / Ministerpräsident Dr. Markus Söder: „Auch Menschen mit niedrigem Einkommen müssen sich Städte wie München leisten können / Wohngeld an Lebenswirklichkeit anpassen“ / Bauministerin Ilse Aigner: „Trotz hoher Mieten kaum Wohngeld an bayerische Haushalte / Brauchen Mietenstufe VII, damit mehr Haushalte Wohngeld bekommen“

Der Ministerrat hat sich heute mit den sozialen Folgen des Mietpreisanstiegs in Ballungsräumen befasst und eine Initiative für Verbesserungen beim Wohngeld beschlossen. Ministerpräsident Dr. Markus Söder: „Wohnen muss bezahlbar sein, auch in Ballungsräumen. Wir brauchen eine Reform des Wohngeldes, denn auch Menschen mit niedrigem Einkommen müssen sich Städte wie München noch leisten können. Das Wohngeld muss dringend an die Lebenswirklichkeit in Städten wie München, Nürnberg oder Augsburg angepasst werden. Bayern ist bereit, deutlich mehr für Wohngeld auszugeben. Dazu braucht es aber eine Reform durch den Bund, der die Regeln für das Wohngeld vorgibt und die andere Hälfte der Zahlungen leistet. Wir brauchen ein Wohngeld, das überall in Deutschland seinen Zweck erfüllt, nämlich Arbeitnehmer vor zu hoher Mietbelastung zu schützen.“

Bauministerin Ilse Aigner erläuterte: „Die Mieten sind in vielen bayerischen Städten stark angestiegen. Wir haben den Wohnbau deutlich angeschoben, damit mehr Wohnungen entstehen. Genauso notwendig ist es, Mieter mit geringerem Einkommen von steigenden Mieten zu entlasten. Das von Bund und Land bezahlte Wohngeld wurde 2016 erhöht, hat aber nicht mit der Preisentwicklung Schritt gehalten. Selbst die höchste Mietenstufe VI – für Gemeinden mit besonders hohen Mieten – reicht nicht annähernd an die tatsächlichen örtlichen Mieten

heran. Insgesamt bekommen in Bayern weniger als ein Prozent der Haushalte Wohngeld, in München sind es nicht einmal 3.000 Haushalte. Deshalb brauchen wir im Wohngeldgesetz eine neue Mietenstufe VII für Haushalte in besonders teuren Kommunen wie z.B. der Stadt München. Wir wollen, dass mehr Menschen Wohngeld erhalten und auch insgesamt höhere Leistungen, damit das Wohngeld die vom Mietanstieg besonders betroffenen Menschen spürbar entlastet."

Haushalte mit niedrigem Einkommen unterstützt der Staat mit Wohngeld als Zuschuss zu den Wohnkosten. Die Wohngeldhöhe hängt von der Zahl der Haushaltsmitglieder, deren Einkommen und der Miete (bzw. bei Eigentümern von der Belastung für den selbst genutzten Wohnraum) ab. Der Bundesrat soll auf Initiative Bayerns die Bundesregierung auffordern, umgehend einen Gesetzentwurf für eine Reform des Wohngeldgesetzes vorzulegen. Um das Wohngeld entsprechend der Mietpreisentwicklung auszugestalten, soll das Wohngeld dynamisiert und angehoben werden. Dafür sind u.a. die Mietenstufen, nach denen das Wohngeld berechnet wird, anzupassen und zu erweitern.

Zum Seitenanfang

2. Ministerrat beschließt Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung des verpflichtenden Meisterbriefs / Ministerpräsident Dr. Markus Söder: „Mehr Fachkräfte durch mehr Ausbildung und höhere Attraktivität von Handwerksberufen" / Wirtschaftsminister Franz Josef Pschierer: „Meisterbrief bürgt für Qualität des Handwerks und der dualen Ausbildung"

Der Ministerrat hat heute beschlossen, eine Initiative in den Bundesrat einzubringen, um in ausgewählten, nach der Handwerksordnung zulassungsfreien Handwerken wieder einen verpflichtenden Meisterbrief einzuführen. Ministerpräsident Dr. Markus Söder: „Das Handwerk boomt. Viele Firmen suchen Fachkräfte und wollen mehr ausbilden. Wir unterstützen das Handwerk, indem wir den Meisterbrief stärker machen. Denn mehr Fachkräfte bekommen wir in erster Linie durch mehr Ausbildung und indem wir die Attraktivität von Handwerksberufen gegenüber zum Beispiel akademischen Berufen stärken. Dafür ist die Stärkung des Meisterbriefs der richtige Weg."

Wirtschaftsminister Franz Josef Pschierer betonte: „Das deutsche Handwerk steht über nationale Grenzen hinweg für höchste Qualität. Der Meisterbrief bürgt für die Qualität des Handwerks und der dualen Ausbildung, mit der sich unsere Handwerker qualifizieren. Der Meisterbrief ist unabdingbar, um die Qualität im Handwerk und damit auch den Verbraucherschutz zu gewährleisten. Außerdem sichert der Meisterbrief den Fortbestand der dualen Handwerksausbildung, um die wir in vielen Staaten rund um die Welt beneidet werden."

Um den Meisterbrief zu stärken, wird Bayern auf Vorschlag von Wirtschaftsminister Franz Josef Pschierer im Bundesrat einen Entschließungsantrag zur Wiedereinführung des verpflichtenden Meisterbriefs in einzelnen nach der Handwerksordnung zulassungsfreien Handwerken einbringen. In dem Antrag wird die Bundesregierung gebeten, in allen Handwerken, bei denen es fachlich geboten und rechtlich möglich ist, den verpflichtenden Meisterbrief wiedereinzuführen.

Durch die Handwerksrechtsnovelle 2004 waren 53 zuvor zulassungspflichtige in zulassungsfreie Handwerke umgewandelt worden. Seitdem brauchen zum Beispiel Fliesenleger oder Uhrmacher für die Gründung eines Handwerksbetriebs keine Meisterprüfung mehr. Als Folge sind die Ausbildungszahlen in diesen Handwerksberufen rückläufig. Aber gerade im Handwerk besteht ein zunehmender Fachkräftebedarf. Der Meisterbrief ist ein entscheidender Anreiz, ein Handwerk zu erlernen. Er stärkt die Qualität und Leistungsfähigkeit von Handwerksbetrieben.

Zum Seitenanfang

3. Ministerrat beschließt staatliche Förderung von Tierheimen / Ministerpräsident Dr. Markus Söder: „Freistaat unterstützt Tierheime mit zwei Millionen Euro / Starkes Signal an engagierte Ehrenamtliche" / Umweltminister Dr. Marcel Huber: „Wir sagen Ja zum Tierwohl / Tierschutz ist Gemeinschaftsaufgabe"

Der Ministerrat hat heute eine staatliche Förderung der Tierheime in Bayern beschlossen. Ministerpräsident Dr. Markus Söder: „Der Freistaat schafft eine dauerhafte Förderung für die Tierheime in Bayern. In den kommenden zwei Jahren erhalten die Tierheime zwei Millionen Euro. Wir honorieren damit die wichtige Arbeit der Tierheime für besonders schutzbedürftige Tiere. Und wir senden ein starkes Signal an die vielen im Tierschutz engagierten Ehrenamtlichen, ohne die viele Tierheime im Freistaat nicht bestehen könnten. Mit dieser Entscheidung heben wir den Tierschutz in Bayern auf ein neues Niveau."

Umweltminister Dr. Marcel Huber erläuterte: „Wir sagen Ja zum Tierwohl. Tierschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Dank der neuen staatlichen Förderung können die Tierheime in Bayern nun langfristig planen und wichtige Sanierungs- und Renovierungsmaßnahmen anpacken. Mit dem Geld können je nach konkreter Situation Investitionen in die Bausubstanz der Tierheime oder Ausgaben für laufende Kosten zur Verbesserung der Tierschutzsituation vor Ort mitfinanziert werden. Unser Förderkonzept unterstützt außerdem besonders das Bürgerengagement im Bereich des Tierschutzes."

Kernelemente der neuen staatlichen Förderung sind die Unterstützung bei Sanierungs- und Baumaßnahmen sowie staatliche Beteiligungen an den laufenden Kosten. Daneben wird es eine projektbezogene Förderung für gezielte Maßnahmen zur Verbesserung des Tierschutzes geben. Voraussetzung ist ein angemessenes finanzielles Engagement der zuständigen Kommune. Tierheime übernehmen wichtige Aufgaben, z.B. die Aufnahme von Fundtieren, herrenlosen Tieren, durch Behörden weggenommene Tieren und von Tieren, die von ihren Haltern abgegeben werden (müssen). Das entlastet die Behörden und trägt zur öffentlichen Sicherheit und Ordnung bei. Außerdem leisten Tierheime jeden Tag aufs Neue schnelle, unbürokratische Hilfe für das Gemeinwohl, beispielsweise durch Aufnahme beschlagnahmter geschmuggelter Hundewelpen.

Zum Seitenanfang

Presseemitteilung Nr. 206 a) vom 18. September 2018

(PDF 245.04 Kb)